

Antrag über [verwaltung.bund.de](https://verwaltung.bund.de), erstellt am 19.08.2023, 20:26

## VORGANGSNUMMER UBZJ NB2C VRZT R5VU

### Rückerstattung von 50 Prozent des Kostenbeitrags für den Integrationskurs beantragen

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
8  
Frankenstraße 210  
90343 Nürnberg

## IDENTITÄTSDATEN

Die Daten wurden mit dem Vertrauensniveau [Hoch] via [Bund.id] bestätigt.  
(19.08.2023, 19:52)

MAIRI TIKK  
\* 27.04.1990

## HINWEISE ZUM FORMULAR

### Bestätigung

☒ Das Zertifikat des Integrationskurses liegt mir vor.

## KONTAKTDATEN

## PERSÖNLICHE ANGABEN

Vornamen   
MAIRI

Familienname   
TIKK

Geschlecht  
weiblich

Geburtsdatum   
27.04.1990

## MEINE KONTAKTDATEN

Telefonnummer  
+49 1525 8613715

**Land**

Deutschland

**Straße und Hausnummer**

Sternngasse 25

**PLZ**

64347

**Ort**

Griesheim

---

**ANGABEN FÜR DIE RÜCKERSTATTUNG****MEIN ZERTIFIKAT****Bestätigung**

- ☒ Ich bestätige, dass ich den Integrationskurs (Sprach- und Orientierungskurs) innerhalb der gesetzlichen Frist nach Ausstellung der erstmaligen Teilnahmeberechtigung erfolgreich absolviert habe.

**Was haben Sie für den Integrationskurs bezahlt? (in €)**

229,00

**MEINE KONTODATEN****Handelt es sich um Ihr eigenes Konto?**

Ja

**IBAN**

DE87200411770198850000

**BIC**

COBADEHD077

**Geldinstitut**

COMDIRECT

**ABSCHLIESSENDE ERKLÄRUNG****Bestätigung**

- ☒ Ich versichere, dass ich alle Angaben vollständig und richtig gemacht habe. Ich bin mir bewusst, dass falsche Angaben zur Ablehnung des Antrags oder - bei späterer Feststellung - zum Widerruf der Rückerstattung führen können.

**Bestätigung**

- ☒ Sie sind im Begriff diese Verwaltungsleistung online zu beantragen. Mit Ihrer Bestätigung auf der folgenden Übersichtsseite wird Ihr Antrag abschließend an das Bundesportal übermittelt und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zum Abruf bereitgestellt werden.

---

**RÜCKKANAL**

**Verwaltungsakte, die in diesem Verfahren erlassen werden, möchte ich elektronisch in mein Nutzerkonto-Postfach erhalten.**

**Wenn Sie in die elektronische Bekanntgabe über Ihr Nutzerkonto-Postfach einwilligen, erlauben Sie der zuständigen Behörde, Ihnen Verwaltungsakte, die in diesem Verfahren erlassen werden, ausschließlich dort zum Abruf bereitzustellen. Eine zusätzliche postalische Zustellung ist in diesem Fall nicht mehr notwendig. Durch Ihre Einwilligung übernehmen Sie die Verantwortung, Ihr Nutzerkonto-Postfach regelmäßig daraufhin zu kontrollieren. Ein Verwaltungsakt gilt am dritten Tag nach seiner Bereitstellung in Ihrem Postfach als bekanntgegeben (§ 9 Absatz 1 OZG). Ab dem Tag der Bekanntgabe beginnen alle mit dem Bescheid zusammenhängenden Fristen zu laufen. Dazu zählen auch Rechtsbehelfsfristen.**

**Zum Abruf eines Bescheids müssen Sie Ihr Nutzerkonto-Postfach aufrufen. Bitte melden Sie sich auf dem gleichen Weg am Postfach an wie beim Ausfüllen des Formulars. Sobald ein neuer Bescheid in Ihrem Postfach vorliegt, werden Sie hierüber zusätzlich per E-Mail an die von Ihnen hinterlegte E-Mail-Adresse benachrichtigt. Dies entbindet Sie jedoch nicht davon, Ihr Postfach eigenverantwortlich zu überprüfen.**

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge behält sich vor, den Bescheid gegebenenfalls, beispielsweise aus technischen Gründen trotz Ihrer Einwilligung auf dem Postweg bekannt zu geben und nicht über das Nutzerkonto-Postfach.**

---

### EINWILLIGUNG

- ☒ **Ich willige in die Bekanntgabe von elektronischen Verwaltungsakten über mein Nutzerkonto-Postfach (§ 9 Absatz 1 OZG) ein und habe die Hinweise zur Bekanntgabe von elektronischen Verwaltungsakten über das Nutzerkonto-Postfach zur Kenntnis genommen.**